

Große Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 9. 11. 1982

Betr.: Gewalt in der Demokratie

Die politische Auseinandersetzung, insbesondere um bestimmte Zukunftsfragen, ist zunehmend davon geprägt, daß Minderheiten ihre politische Auffassung mit Gewalt durchzusetzen versuchen.

Von einigen politischen Gruppen wird Gewalt verharmlost, zum Teil sogar gerechtfertigt oder zumindest mehr oder weniger geduldet. Ziel ist, Mehrheitsmeinungen zu diffamieren, demokratische Institutionen außer Kraft zu setzen und damit das politische System zu verändern. Legitimiert wird dieses Handeln durch den Anspruch, die Wahrheit und damit die einzig richtige Politik zu haben. Dies spiegelt sich auch in der Inanspruchnahme eines von der Verfassung angeblich legitimierten Widerstandsrechtes wider. Das staatliche Gewaltmonopol wird der Gewalt von einzelnen und revolutionären Gruppen gleichgesetzt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche politischen Gruppen bekennen sich zur Gewalt?
2. Wie hat sich die von den links- und rechtsextremistischen Gruppen ausgehende Anwendung von Gewalt entwickelt?
3. Liegen Erkenntnisse über eine zentrale Steuerung von Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen vor?
4. Welche Gruppen haben in jüngster Zeit gewalttätige Demonstrationen in Niedersachsen geplant bzw. politisch gedeckt?
5. Was könnte nach Auffassung der Landesregierung dazu beitragen, die allgemeine Übereinstimmung über das Gewaltmonopol des Staates wieder herstellen?

Dr. Remmers

Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 15. 11. 1982)